

Bezirks Vorträge und Aufklärungsversammlungen durchzuführen, wobei das Schwergewicht auf das Land verlegt wird. Ende des Jahres 1954 darf es im Bezirk Rostock keine Gemeinde, Produktionsgenossenschaft, Maschinen-Traktoren-Station, volkseigenen Betriebe sowie volkseigenen Güter mehr geben, in denen der Staatsanwalt nicht über die wichtigsten politischen Probleme, Gesetze und Verordnungen unserer Regierung zu den Werktätigen gesprochen hat. Diese verantwortungsvolle Aufgabe verlangt von unseren Staatsanwälten politisches und fachliches Können sowie eine gute organisatorische Vorbereitung. Unsere Arbeit wird dazu beitragen, allen Werktätigen die Erkenntnis zu vermitteln, daß unsere demokratischen Gesetze den Willen unserer Arbeiter und Bauern zum Ausdruck bringen. Je stärker das sozialistische Rechtsbewußtsein entwickelt wird, um so schneller wird der Erziehungsprozeß zur bewußten und freiwilligen Einhaltung unserer demokratischen Gesetze fortschreiten. Deshalb sollen auch die Sprechstunden, die wir seit langem in den Werften und Betrieben durchführen, durch anschließende Kurzversammlungen in den Werken ergänzt werden.

Weiterhin haben wir uns im Rahmen der Aufklärungstätigkeit die Aufgabe gestellt, von der bisher nur formalen Erläuterung unserer Gesetze abzugehen. Wenn man den Wert des Volkseigentums ausrechnet, das im Jahre 1953 im Bezirk Rostock durch strafbare Handlungen unserer Wirtschaft verlorenging, so hätten dafür 55 Traktoren oder 400 luftbereifte Anhänger unserer Maschinen-Traktoren-Stationen mehr geliefert werden können. Durch diese Maschinen könnten die landwirtschaftlichen Flächen besser bearbeitet werden. Der erhöhte Ertrag hätte den Wohlstand unserer Bauern verbessert, oder der Einsatz dieser Maschinen im Wohnungsbauprogramm Rostocks würde mit einem Schlag das gesamte Transportproblem lösen. Wieviel neue Wohnungen könnten unsere Arbeiter im Bezirk Rostock mehr bewohnen? Erklärt man den werktätigen Menschen an solchen Beispielen die Wichtigkeit des Schutzes unseres gesellschaftlichen und staatlichen Eigentums, so werden sie schneller einsehen, daß das Volkseigentum von jedem Bürger geschützt werden muß.

Die Lösung der Aufgaben, die uns die Partei der Arbeiterklasse und unsere Regierung im neuen Kurs gestellt haben, erfordert von jedem Staatsanwalt ein hohes politisches und fachliches Niveau. In jeder Situation die richtige politische Entscheidung zu treffen, sich kämpferisch mit den Argumenten des Klassengegners auseinanderzusetzen, den Feind vom Freund zu unterscheiden, schonungslos Kritik und Selbstkritik zu üben,

Die Zusammenarbeit mit dem Rechtsanwaltskollegium

Wenn der Aufruf der Belegschaft des Bezirksgerichts Leipzig*) darauf hinweist, daß der neue Kurs unserer Regierung uns die Aufgabe stellt, die demokratische Staatsmacht der Arbeiter und Bauern und unsere ökonomische Basis wie unseren Aupfkel zu hüten, für die Verbesserung der gesamten politischen Verhältnisse, insbesondere für die Stärkung der Rechtssicherheit und die allseitige Verwirklichung der demokratischen Gesetzlichkeit zu kämpfen und dazu eine große Erziehungsarbeit zur Achtung unserer Gesetze durch alle Bürger unserer Republik zu leisten, so haben hierzu nicht nur die staatlichen Justizorgane, sondern auch die Rechtsanwälte innerhalb und außerhalb der Kollegien beizutragen. Es kommt darauf an, eine allumfassende schöpferische Initiative zu wecken.

In richtiger Einschätzung der Bedeutung der Mitarbeit der Anwälte bei der Lösung der Aufgaben der Justiz hat die Abteilung Justiz des Magistrats von Groß-Berlin auf Anregung des Vorstandes des Rechtsanwaltskollegiums von Groß-Berlin die Durchführung eines Erfahrungsaustauschs zwischen den Mitgliedern des Rechtsanwaltskollegiums, den Richtern und Staatsanwälten empfohlen. Dieser Vorschlag ist von allen Beteiligten unterstützt und im November 1953 in den Stadtbezirken verwirklicht worden. Ziel des Erfahrungsaustauschs war es,

um die eigene Arbeit zu verbessern, das sind Fähigkeiten, die wir uns aneignen müssen. Das kann nur durch ein intensives Selbststudium und durch regelmäßige politische und fachliche Schulung erreicht werden, wobei der Themenplan dieser Schulung, die alle Staatsanwälte beim Bezirksstaatsanwalt seit langem regelmäßig durchführen, verbessert werden sollte.

Um die Qualität unserer Plädoyers zu erhöhen, wird in Verbindung mit bezirklichen Dienstbesprechungen der Staatsanwälte jeder Staatsanwalt einen Prozeß in Anwesenheit aller Staatsanwälte des Bezirks vertreten. Anschließend wird der Schlußvortrag dieses Staatsanwalts sowie sein Strafantrag eingeschätzt, wodurch zweifellos eine Qualifikation des Schlußvortrages erreicht wird.

Um unsere Staatsanwälte auf dem Gebiet des Zivilrechts — das mehr oder weniger vernachlässigt wurde — zu qualifizieren, werden sechswöchige Lehrgänge beim Staatsanwalt des Bezirks durchgeführt, durch welche die Staatsanwälte mit diesem neuen Aufgabengebiet vertraut gemacht und dazu befähigt werden, die Rechte unserer Werktätigen in der Zivilrechtsprechung zu sichern.

Durch aktive Mitarbeit in der ständigen Kommission für Volkspolizei und Justiz ist breitesten Kreisen unserer Werktätigen Gelegenheit gegeben, die Arbeit der Staatsanwaltschaft durch Vorschläge und Hinweise zu unterstützen. Dieser Kommission, die im Bezirk Rostock bisher ihrer Aufgabenstellung im neuen Kurs nicht gerecht wurde, fehlt noch die richtige Arbeitsmethode. Erforderlich ist ein weitgestreckter Arbeitsplan sowie die Schaffung eines ständigen Aktivs, zusammengesetzt aus unseren besten, klassenbewußtesten Arbeitern und Bauern. Eine ständige Schulung durch Erläuterung der Gesetze und Verordnungen unserer Regierung vor den Mitgliedern dieses Aktivs erachten wir gleichfalls als unsere Aufgabe.

Durch regelmäßige Pressekonferenzen unter Festlegung eines monatlichen Themenplanes werden wir auch die Arbeit auf diesem Gebiet verbessern.

Die Erfüllung dieser uns im Jahr der großen Initiative gestellten Aufgaben ist die Verpflichtung aller Staatsanwälte des Bezirks Rostock. Dadurch werden wir dazu beitragen, daß die von der Partei der Arbeiterklasse auf dem 15. Plenum gestellten Forderungen, die strikte Einhaltung und Festigung der demokratischen Gesetzlichkeit und die Verbesserung der Arbeit, verwirklicht werden.

1. gewisse Schwierigkeiten, die im Laufe des mehrmonatigen Bestehens des Anwaltskollegiums bei der Zusammenarbeit mit den Gerichten entstanden waren, in gemeinsamer Aussprache zu überwinden,
2. eine geeignete Basis für eine zukünftige enge und fruchtbringende Zusammenarbeit zu schaffen und die richtige Form für einen periodischen Erfahrungsaustausch zu finden.

Die Besprechungen wurden von den Direktoren des jeweiligen Stadtbezirksgerichts geleitet. Sie gaben allen Beteiligten Gelegenheit, in freimütiger gegenseitiger Kritik die Arbeit der anderen sowie die eigene Arbeit zu überprüfen. Seitens der Kollegen Rechtsanwälte wurde der Vorwurf erhoben, daß Richter und Staatsanwälte oft nicht genügend Verständnis für die Arbeit der Anwälte aufbrächten und deren Rechte und Pflichten verkennen. Es ergab sich die Notwendigkeit, daß sich

- a) die Anwälte bewußt werden, daß die Umwälzungen in unserer Gesellschaftsordnung neue Beziehungen zwischen Anwaltschaft und Gericht voraussetzen. Nichts soll den Verteidiger im Strafprozeß oder den Prozeßvertreter im Zivilprozeß davon abhalten, mit aller Konsequenz die Interessen seines Mandanten wahrzunehmen; dabei darf der Anwalt jedoch nicht vergessen, daß er als besonders ausgebildeter und

*) NJ 1953 S. 725.